



31

**An die
Mitglieder
des Ausschusses für Umwelt, Klima,
Grünflächen und Forsten**

Fachbereich Klimaschutz, Nachhaltigkeit, Umwelt und Mobilität

Bereich Umwelt

Bei der Ratsmühle 17A

Auskunft erteilt

Frau Allerheiligen, Zimmer D1

Telefon

309 – 3198

Telefax

309 – 3448

Email

sandra.allerheiligen@stadt.lueneburg.de

Mein Zeichen

Datum

16.09.2024

PROTOKOLL

Anliegend erhalten Sie das Protokoll zur nachstehenden Sitzung:

▼ Gremium	▼ Sitzung vom:
Ausschuss für Umwelt, Klima, Grünflächen und Forsten	11.03.2024
▼ Sitzungsort	▼ Tatsächliche Sitzungsdauer
Huldigungssaal, Rathaus	15:00 - 17:30 Uhr

Den Öffentlichkeitsstatus der Sitzung entnehmen Sie bitte der beigefügten Tagesordnung.

Vorsitzender

Dezernent

Protokollführerin

Gros

Moßmann

Allerheiligen



ANWESENHEITSLISTE

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Herr Ralf Gros

Mitglieder des Gremiums

Herr Eckhard Pols

Frau Carmen Maria Bendorf

Herr Friedhelm Feldhaus

Herr Christian-Tobias Gerlach

Frau Antje Henze

Vertretung für: Frau Anneli Fellinghauer ab
16:00 Uhr

Herr Kai Herzog

Herr Uwe Nehring

Frau Katja Raiher

Grundmandat

Herr Cornelius Grimm

ab 15:10 Uhr

Herr Dirk Neumann

Beratende Mitglieder

Frau Ulrike Ahlers

Vertretung für: Herrn Karl Wurm

Herr Sascha Rhein Kleingärtner-Bezirksverband e.V.

Gäste

Herr Yannick Clasen NLWKN

Herr Sebastian Kaptain Hydroenergie Lüneburg

Herr Tim Raspunt NLWKN

Herr Oliver Schmitz GF GfA

Verwaltung

Herr Markus Moßmann Erster Stadtrat

Herr Jürgen Kipke FBL 3b

Herr Volker Schulz BL 31

Frau Pia Wiebe BL 34

Herr Jürgen Westphal Stv. BL 31

Herr Folke Wagner B 31

Protokollführung

Frau Ingrid Dziuba-Busch B 31

Abwesende Mitglieder

Mitglieder des Gremiums

Frau Marianne Esders	fehlt entschuldigt
----------------------	--------------------

Frau Anneli Fellinghauer	fehlt entschuldigt
--------------------------	--------------------

Beratende Mitglieder

Herr Theudas Tafara Mambondo	fehlt entschuldigt
------------------------------	--------------------

Herr Arnold Spliesgar	fehlt entschuldigt
-----------------------	--------------------

Herr Karl Wurm	fehlt entschuldigt
----------------	--------------------

TAGESORDNUNG:

Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 2 Feststellung der Tagesordnung**
- 3 Genehmigung des Protokolls vom 23.11.2023**
- 4 Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil**
- 5 Einwohnendenfragen**
- 6 Durchgängigkeit der Ilmenau - Planung der Anlagen zum Fischeaufstieg
Vorlage: VO/11147/24**
- 7 Befassung des Ausschusses für Umwelt, Klima, Grünflächen und Forsten mit Vor-
schlägen aus dem Arbeitskreis Klimaneutralität
Vorlage: VO/11183/24**
- 8 Künftiges Erfassungssystem von Leichtverpackungen (LVP) in der Hansestadt
Lüneburg - gelbe Tonne oder gelber Sack?
Vorlage: VO/10966/23-1**
- 9 Antrag "Wertstofftonne (bzw. Gelbe Tonne plus) statt der geplanten Gelben Tonne
für das Stadtgebiet" (Antrag der Gruppe Die PARTEI/Die Linke vom 23.11.2023 zur
Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima, Grünflächen und Forsten)
Vorlage: VO/11139/24**
- 10 Anfragen im öffentlichen Teil**

PROTOKOLL:

Öffentlicher Teil

zu 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzender Gros begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird festgestellt.

zu 3 Genehmigung des Protokolls vom 23.11.2023

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 23.11.2023 wird einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 8
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil

Frau Wiebe, Leitung des Bereiches 34 – Klimaschutz und Nachhaltigkeit -, informiert darüber, dass die Ausschreibung zum beschlossenen Konzept des Solarpaktes „Am Schwarzen Berg - A39“ läuft und die Submission am 21.03.2024 stattfinden wird.

zu 5 Einwohnendenfragen

Herr Lars Panzer, Mitarbeiter einer Landesbehörde, möchte von den Mitgliedern des Ausschusses für Umwelt, Klima, Grünflächen und Forsten mehrere Fragen zu TOP 6 beantwortet haben.

Er möchte zunächst wissen, ob mehrere Varianten geprüft wurden, wie der Planungsprozess gelaufen ist und wie man zum Ergebnis der Fishcon-Anlage gekommen ist.

Weiter möchte er wissen, durch wen die Planung vorgenommen wird und welche Kompetenzen dieser Planer mitbringe.

Er wünscht sich die Einbindung der Öffentlichkeit in den Planungsprozess durch Gründung eines runden Tisches.

Die Beantwortung der Fragen wird nach Beratung des Gremiums zurückgestellt und zu TOP 6 beantwortet.

zu 6 Durchgängigkeit der Ilmenau - Planung der Anlagen zum Fischaufstieg Vorlage: VO/11147/24

Herr Schulz, Leitung des Bereiches 31 - Umwelt -, leitet anhand einer Präsentation zum Thema ein. Diese ist als Anlage im digitalen Ratsinformationssystem hinterlegt.

Herr Classen, Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz - NLWKN -, ergänzt den Vortrag anhand einer Präsentation zum Thema. Diese ist als Anlage im digitalen Ratsinformationssystem hinterlegt.

Erster Stadtrat Moßmann erläutert im Hinblick auf die Einwohnerfragen, dass um das Jahr 2008 herum die ersten Überlegungen zum Thema Fischaufstiegsanlagen unter Berücksichtigung der Vorgaben der Wasserrahmenrichtlinie angestellt wurden. Dabei wurde der Denkmalschutz als erheblicher Problempunkt identifiziert. Unter anderem dieser war Gegenstand wiederholter Gespräche mit den beteiligten Parteien und dem NLWKN. Es ist nach wie vor das Ziel, die Maßnahme fristgerecht bis 2027 umzusetzen und dem Denkmalschutz dabei das notwendige Gewicht zu verleihen. Danach eignet sich die Abtmühle für die Fishcon-Anlage und die Ratsmühle für den Einsatz eines Raugerinnes. Finanziell wird es trotz angespannter Haushaltslage umsetzbar sein, da durch das Land Niedersachsen eine Förderung von 95% möglich ist und eine weitere Förderung durch den Landkreis Lüneburg in Aussicht gestellt wird.

Die Maßnahmenträgerschaft kann aufgrund einer Neueinstellung eines erfahrenen Mitarbeiters auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft im Bereich Umwelt durch die Hansestadt Lüneburg übernommen werden.

Herr Kaptain, Geschäftsführer der Hydroenergie GmbH & Co. KG, vervollständigt mit seiner Präsentation zu dem Thema den Vortrag. Diese ist als Anlage im digitalen Ratsinformationssystem hinterlegt.

Herr Schulz geht auf die Einwohnerfragen ein und erläutert in Ergänzung zu der Aussage von Erstem Stadtrat Moßmann, dass durch ein Bauwerk die Durchgängigkeit für möglichst viele Fischarten hergestellt werden soll. Über den jeweils aktuellen Stand wird regelmäßig informiert werden. Die Anlage bedarf einer wasserrechtlichen Genehmigung nach dem Niedersächsischen Wassergesetz (NWG). Eine FFH-Vorverträglichkeitsprüfung ist parallel durch den Landkreis Lüneburg als Untere Naturschutzbehörde durchzuführen. Es gab bereits durch den NLWKN umfängliche Untersuchungen, die auf Anfrage im Bereich Umwelt eingesehen werden können. Die Planung ist noch nicht so fortge-

schritten, als dass Anpassungen nicht mehr möglich wären.

Erster Stadtrat Moßmann ergänzt dazu, dass aus seiner Sicht mit dem neuen Modell eine Lösung möglich erscheint, die sich mit wenig Eingriff in das Denkmal umsetzen lässt.

Bei der Ratsmühle hat sich mit dem Raugerinne eine Lösung gefunden, die dort aufgrund des vorhandenen Platzes umsetzbar ist.

Die Ausschusssitzungen, in denen sich mit dem Thema bereits befasst wurde, stellen auch eine Form der Öffentlichkeitsarbeit dar. Seit etwa 1,5 Jahren findet ein ausführlicher Austausch mit den Beteiligten statt.

Herr Schulz geht noch einmal auf die Entscheidung ein, warum man sich für die Fishcon-Anlage entschieden habe. Dabei war der Denkmalschutz als maßgeblicher Belang zu berücksichtigen. In Abwägung aller Belange, wie Unterhaltung und Pflege, stellt die Fishcon-Anlage die beste Lösung dar.

Ausschussvorsitzender Gros ergänzt dazu, dass unter der Maßgabe eines Monitorings die Anlage von Seiten des Niedersächsisches Landesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (LAVES) als denkbar erscheint, damit in ein Verfahren zu gehen.

Ratsherr Pols erfragt, wer der Ansprechpartner ist, sollte ein Erwerb von Grundstücken notwendig sein. Seiner Kenntnis nach gibt es im Bereich der Ilmenau mehrere Konstellationen.

Herr Schulz antwortet darauf, dass sich das Oberwasser im Eigentum der Hansestadt Lüneburg befindet. Das Unterwasser befindet sich im Eigentum der Bundesrepublik Deutschland, welche durch das Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Elbe in Lauenburg vertreten wird. Dazwischen gibt es noch einen Korridor, welcher das alte Mühlengebäude und das Hotel verbindet. Es gibt die Möglichkeit den Eigentümer des Grundstückes zum Verkauf aufzufordern oder um Eintragung einer Nutzung anzufragen.

Ausschussvorsitzender Gros möchte wissen, ob der Wechsel der Schieber an der Fishcon-Anlage automatisch erfolgt oder durch den Betreiber des Wasserkraftwerkes gewährleistet werden muss.

Herr Classen erläutert, dass die Anlage grundsätzlich autark arbeitet.

Herr Kaptain ergänzt dazu, dass eine tägliche Begehung der Anlage durch Fachpersonal mit einer visuellen Kontrolle stattfinden wird.

Erster Stadtrat Moßmann fasst zusammen, dass die Erkenntniswerte der Fishcon-Anlage so gut sind, dass die Anlage als geeignet angesehen wird, die Wandlungsmöglichkeiten sicherzustellen. In Kombination mit dem Monitoring besteht jederzeit die Möglichkeit, nach jahreszeitlichem Bedarf den Lockstrom anzupassen, so dass die Durchgängigkeit der Ilmenau aus ökologischer Sicht gewährleistet werden kann.

zu 7 Befassung des Ausschusses für Umwelt, Klima, Grünflächen und Forsten mit Vorschlägen aus dem Arbeitskreis Klimaneutralität Vorlage: VO/11183/24

Beratungsinhalt:

Frau Wiebe, Leitung des Bereiches 34 – Klimaschutz und Nachhaltigkeit -, leitet anhand einer Präsentation zum Thema ein. Diese ist als Anlage im digitalen Ratsinformationssystem hinterlegt.

Ratsfrau Raiher merkt an, dass zukünftig eine Information an die Mitglieder des Arbeitskreises Klimaneutralität erfolgen sollte, sobald eines der dort bearbeiteten Themen im Ausschuss für Umwelt, Kli-

ma, Grünflächen und Forsten behandelt wird.

Zu den Leitthemen für den Arbeitskreis Wärmeversorgung und Klimaanpassungskonzept erfragt sie, ob es dazu schon interne Überlegungen gibt und wie sich die Erkenntnisse mit dem Verwaltungshandeln vernetzen.

Frau Wiebe erläutert, dass bereits in einer Sitzung des Arbeitskreises Klimaneutralität über Leitprojekte und prioritäre Maßnahmen diskutiert wurde. Dabei hat sich zum einen das Vorhaben „Erstellung der kommunalen Wärmeplanung“ ergeben, welches sich seit Anfang März in der aktiven Bearbeitung befindet. Es ist bereits ein Planungsbüro beauftragt und alle Daten wurden zusammengezogen. Die nächsten Monate stehen ganz stark im Fokus der Strategieentwicklung zur Dekarbonisierung der Wärmeversorgung bis 2040.

Weiter wird das Thema „Klimaanpassung/klimaoptimierte Stadtplanung“ priorisiert. Am 05.02.2024 hat bereits die Auftaktveranstaltung für die Erstellung des Klimaanpassungskonzeptes stattgefunden.

Ausschussvorsitzender Gros möchte wissen, ob die Möglichkeit eines Zwischenberichtes zum Gutachten der klimaoptimierten Stadtplanung im Hinblick auf das Monitoring möglich sei.

Frau Wiebe antwortet, dass es jederzeit die Möglichkeit eines Zwischenberichtes gibt. Das Thema Klimaanpassungskonzept ist für die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima, Grünflächen und Forsten am 22.05.2024 geplant.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Klima, Grünflächen und Forsten fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Klima, Grünflächen und Forsten begrüßt die vom Arbeitskreis Klimaneutralität vorgeschlagene aktuelle Schwerpunktsetzung in Form der Meilensteinprojekte.

Der Ausschuss beschließt, sich mit den Projektvorschlägen, die im Arbeitskreis erarbeitet werden, zu befassen und bei Bedarf weitere Schritte zur Umsetzung zu veranlassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 9
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

zu 8 Künftiges Erfassungssystem von Leichtverpackungen (LVP) in der Hansestadt Lüneburg - gelbe Tonne oder gelber Sack? Vorlage: VO/10966/23-1

Beratungsinhalt:

Herr Schmitz, Vorstand der GfA Lüneburg – gkAöR, berichtet ergänzend zu seinem Vortrag in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima, Grünflächen und Forsten vom 23.11.2023 zum Thema.

Bei dieser Sitzung zeichnete sich die Tendenz ab, es im Innenstadtgebiet aufgrund der räumlichen Problematik bei dem derzeitigen System der gelben Säcke zu belassen.

Er fasst im Hinblick auf den Antrag von Ratsfrau Esders zur Einführung einer Wertstofftonne noch einmal die drei Alternativen – gelber Sack, gelbe Tonne oder Wertstofftonne - zusammen. Der Antrag von Frau Esders überraschte ihn. Es wird aufgrund unterschiedlicher Gebührensysteme, nicht möglich sein, im Innenstadtgebiet den gelben Sack beizubehalten und im Außenbereich ein komplett anderes System, wie die Wertstofftonne, einzuführen. Die Einführung einer Wertstofftonne wäre dann nur im

gesamten Stadtgebiet umsetzbar.

Aufgrund der räumlichen Gegebenheiten schlägt er für das Gebiet der Innenstadt vor, bei der gelben Sack-Sammlung zu bleiben.

Er stellt den Ablauf der Verhandlungen mit den Vertretern des Dualen Systems vor. Zunächst geht er auf die Großwohnanlagen ein, in denen das vorhandene System übernommen wird. Dort werden unverändert die Großbehälter bei einer 14-tägigen Abfuhr stehen.

Weiterhin soll das bestehende System im Innenstadtgebiet nicht verändert werden. Die Sammlung erfolgt in gelben Säcken, bei einer 14-tägigen Abfuhr. Anhand von Foto-Dokumentationen erläutert er, warum eine 4-wöchentliche Abfuhr nicht umsetzbar ist.

Außerhalb des Innenstadtgebietes wird in der Peripherie die gelbe Tonne in einer Größe von 240 l eingeführt, bei einer voraussichtlichen 4-wöchentlichen Abfuhr. Sollte diese Kapazität in Ausnahmefällen nicht ausreichen, können zusätzlich durchsichtige Säcke zur Verfügung gestellt werden oder eine zweite gelbe Tonne abgefordert werden. Da der 4-wöchentliche Turnus bei der Abfuhr der gelben Tonnen für die Systembetreiber kostengünstiger umzusetzen ist - als der 14-tägige Abfuhrhythmus - sollte davon abgesehen werden.

Ein letztes Problem ist die Verteilung der gelben Säcke. Aktuell erfolgt die Verteilung über eine bestimmte Anzahl an Verteilerstellen. Aufgrund der wiederholt nicht ausreichenden Versorgung mit gelben Säcken im gesamten Stadtgebiet sollte eine zukünftige Anforderung der benötigten gelben Säcke per E-Mail oder telefonisch erfolgen. Die postalische Verteilung der gelben Säcke wäre ein denkbare System.

Mit der Erfahrung aus der Abfuhr der anderen Fraktionen ist das ausgeführte System aus Sicht von Herrn Schmitz das sinnvollste System.

Frau Ahlers, beratendes Mitglied auf Vorschlag des BUND, präferiert die von Herrn Schmitz vorgeschlagene Lösung, verweist aber auf das System in der Stadt Göttingen, in der in der Peripherie auf eine Wertstofftonne und im gesamten Innenstadtgebiet auf einen Wertstoffsack umgestellt wurde.

Herr Schmitz erwidert, dass immer suggeriert wird, durch die Sammlung von Wertstoffen wird mehr Recycling betrieben. Bei der thermischen Verwertung werden nur Verpackungen gesammelt, aber nicht die stoffgleichen Nichtverpackungen. Eine stoffliche Verwertung findet nicht statt.

Ratsherr Grimm erfragt eine Tendenz von Herrn Schmitz, mit welcher Wahrscheinlichkeit er den vorgestellten Vorschlag in den Verhandlungen durchsetzen kann.

Herr Schmitz kann dazu zurzeit noch keine Aussage tätigen, da es eine neue Zuordnung gegeben hat.

Ratsherr Herzog möchte wissen, wie die Entwicklung im Hinblick auf eine bundesweite Förderung der Wertstofftonne aussieht. Bis zu einer Vorlage von weiteren Informationen möchte er die Entscheidung vertagen.

Erster Stadtrat Moßmann merkt an, dass für Herrn Schmitz eine heutige Beschlussfassung zwingend notwendig ist, damit er zeitnah in die Vertragsverhandlungen mit dem dualen System eintreten kann. Das Thema Wertstofftonne kann losgelöst von der Entscheidung trotzdem weiterverfolgt werden.

Herr Schmitz ergänzt dazu, dass er vor Aufnahme der Verhandlungen eine Entscheidung benötigt, damit er weiß, wie er in die Verhandlungen eintreten kann. Im Laufe der Verhandlungen wird er regelmäßig unterrichten.

Weiter berichtet er über Änderungen auf EU-Ebene. Aufgrund der neuen EU-Verpackungsverordnung wird es weitere Einschnitte geben. Es bestehen Bestrebungen, dass auf Einwegflaschen zukünftig ein Pfand erhoben werden soll. Dadurch wird es zukünftig mehr Pfandsysteme geben. Das wird dann enorme Auswirkungen auf die unterschiedlichen Fraktionen haben.

Frau Ahlers findet es durchaus zielführend, für das vorgeschlagene Modell durch Herrn Schmitz die Verhandlungen aufzunehmen und sich als Alternative gleichzeitig Informationen über das derzeitige Modell in Göttingen zu holen.

Herr Schmitz erwidert, dass er auf die Sammlung und die Sortierung keinen Einfluss hat. Er möchte vermeiden, dass für die Bürger:innen durch die Einführung der Wertstofftonne zusätzliche Kosten entstehen.

Ratsherr Nehring gibt zu bedenken, dass aufgrund neuer EU-Vorschriften das System gelber Sack vermutlich in naher Zukunft neu zu bewerten sein wird. Daher sollte aus seiner Sicht jetzt aktuell der gelbe Sack weiterhin im Innenstadtbereich bestehen bleiben und im Außenbereich die gelbe Tonne eingeführt werden.

Ratsfrau Raiher geht noch einmal auf das Thema Wertstofftonne ein. Nach ihrer Aussage hat die Stadtreinigung Hamburg sowohl auf die Wertstofftonne als auch auf den Wertstoffsack umgestellt und hat mit dem stofflichen Recycling gute Erfahrungen gemacht. Sie möchte dazu wissen, ob die Hansestadt Lüneburg durch die Nähe zu Hamburg einen Standortvorteil hätte.

Herr Schmitz erläutert, dass kein Vorteil durch die Nähe zu Hamburg gegeben ist. Die Dualen Systembetreiber sammeln nach ihrem eigenen System und es kann keine Aussage dazu getroffen werden, in welche Sortieranlage verbracht wird.

Ratsfrau Raiher spricht sich ebenfalls für die Variante aus, im Innenstadtbereich die Entsorgung weiter beim gelben Sack zu belassen und in der Peripherie die gelbe Tonne einzuführen. Ergänzend hierzu unterstützt sie den Vorschlag von Frau Ahlers, dass parallel auch Gespräche mit Kommunen geführt werden, die auf das System der Wertstofftonne bzw. des Wertstoffsackes umgestellt haben.

Herr Schmitz wird das Gespräch mit der Stadt Göttingen suchen. Er verweist aber noch einmal darauf, dass er keine zusätzlichen Kosten für die Lüneburger Steuerzahlen generieren möchte.

Ratsherr Grimm geht noch einmal auf das System in der Stadt Göttingen ein, welche auf die Wertstofftonne umgestellt hat. Aus den Informationen auf der Seite der Stadt Göttingen geht hervor, dass 5 Jahre über ein Klageverfahren für die Einführung des Systems gekämpft wurde. Der Gebührenzahler der Stadt Göttingen trägt dabei 25% der Kosten der Wertstofftonne und das Duale System die restlichen 75% der Kosten der Wertstofftonne. Die Stadt Göttingen legt die Kosten für die Wertstofftonne auf die Müllgebühren der Einwohner der Stadt Göttingen um.

Herr Schmitz wird bei den Vertragsverhandlungen mit dem Dualen System auch das Thema Wertstofftonne ansprechen.

Ratsherr Neumann unterstützt den Vorschlag von Herrn Schmitz und präferiert die 14-tägige Abfuhr der gelben Tonne.

Herr Schmitz verweist darauf, dass die 14-tägige Abfuhr der gelben Tonne mit einer kleineren Tonnengröße schwer zu verhandeln sein wird. Die Systembetreiber sind aus Kostengründen darauf bedacht, nur eine Tonnengröße anzubieten. Der Standard ist eine Tonnengröße von 240 l bei einer 4-wöchentlichen Abfuhr.

Er wird in einer der nächsten Sitzungen über den aktuellen Sachstand berichten.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Klima, Grünflächen und Forsten empfiehlt dem Rat der Hansestadt Lüneburg, die Aufnahme der Verhandlungen mit den Dualen Systembetreibern durch die GfA gemäß vorstehend vorgeschlagener Systemausgestaltung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 9
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

zu 9 Antrag "Wertstofftonne (bzw. Gelbe Tonne plus) statt der geplanten Gelben Tonne für das Stadtgebiet" (Antrag der Gruppe Die PARTEI/Die Linke vom 23.11.2023 zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima, Grünflächen und Forsten)
Vorlage: VO/11139/24

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Klima, Grünflächen und Forsten empfiehlt dem Rat der Hansestadt Lüneburg, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 2
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 5

[Zwei stimmberechtigte Mitglieder waren bei der Abstimmung nicht zugegen.]

zu 10 Anfragen im öffentlichen Teil

Ratsherr Grimm erfragt, ob sich die Hansestadt Lüneburg bereits mit der Möglichkeit einer KfW-Förderung aus dem Zuschussprogramm „Natürlicher Klimaschutz für Kommunen“ befasst hat und evtl. schon Anträge vorliegen. Eine Förderung von bis zu 90% ist möglich.

Erster Stadtrat Moßmann erläutert, dass bei allen als sinnvoll erachteten Maßnahmen der Hansestadt Lüneburg auch immer die Möglichkeit der Förderung geprüft wird.

Ausschussvorsitzender Gros möchte Auskunft darüber, warum auf der Insel des Kurparkteiches der umfangreiche Gehölzrückschnitt durchgeführt wurde.

Erster Stadtrat Moßmann wird Frau Stadtbaurätin Gundermann über diese Anfrage informieren, so dass eine Beantwortung ggf. in der nächsten Ausschusssitzung erfolgen kann.

